BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
IM AALENER STADTRAT

Rede zum Haushaltsentwurf 2011

Die Beratungen zum Haushalt 2011 standen unter einem besonderen Stern und zwar gleich in zweifacher Hinsicht. Zum einen war der Kern der mittelfristigen Planung erst ein halbes Jahr zuvor im Rahmen der Sparkommission durchforstet worden. Erfreulicherweise nicht nur der Verwaltungshaushalt, sondern auch der Investitionsplan. Letzterer allerdings erst auf hartnäckiges Nachfassen unsererseits, weil man seitens der Verwaltung die berechtigte Befürchtung hatte, dass in diesem Rahmen heilige Kühe geschlachtet werden könnten.
Das andere Novum war mit der Doppik das neue und für alle Beteiligte völlig andere System des Etats, das letztlich den Fraktionen mangels Vergleichbarkeit eine strukturierte Vorbereitung auf die Beratung kaum ermöglichte. Zudem haben wir den Ergebnishaushalt erst am Tag unserer letzten Fraktionssitzung erhalten.

Die Kämmerei hat ihr Möglichstes geleistet, aber die Terminierung und Strukturierung im Vorfeld seitens der Verwaltungsspitze scheinen verunglückt zu sein. So konnte diese erst in der Sitzung eine notdürftig abgestimmte Linie zu den Ergänzungswünschen zum zunächst vorgelegten Investitionsplan aus Verwaltung und Ortschaftsräten in die Beratung einspeisen, was die Sache für den Rat noch unübersichtlicher machte.

Richtig war aber auf jeden Fall die konsequente Linie der Kämmerei, die bis 2016 zwingende Umstellung auf die Doppik frühzeitig anzugehen.

Grundlage des bisherigen kameralistischen Haushaltssystems war allein die Ebene des Geldvermögens. Belastungen, die erst in künftigen Haushaltsjahren zu Ausgaben führen, wurden nicht erkennbar, z.B. Umlageerhöhungen in künftigen Jahren auf Grund höherer Steuereinnahmen im laufenden Jahr, zukünftige Belastungen aus Altersteilzeit und Ähnliches.
Investitionen wurden nur im Jahr der Anschaffung als Ausgabe aufgenommen und dann aus dem Blick verloren. Zukünftig notwendige Ersatzinvestitionen, z.B. erforderliche Sanierung von Gebäuden, wurden nicht angezeigt.

Die Doppik wird uns – und das ist sehr zu begrüssen – zwingen, Rückstellungen für zukünftige Belastungen bei den laufenden Ausgaben zu bilden und den Werteverzehr städtischen Eigentums in Form von Abschreibungen zu berücksichtigen. Durch Letzteres wird nun der Resourcenverbrauch berücksichtigt und die erforderlichen Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen werden immer im Blick behalten.

Die bei Verwaltung und einem Großteil des Rats bei den so geliebten Prestigeobjekten gleichermaßen ungeliebte Folgekostenbetrachtung wird damit zwingend.
Diejenigen, Herr Schmid, die gehofft hatten, durch die Einbeziehung des Vermögens zeige sich, dass man ja viel reicher sei als angenommen und deshalb könne man dann erst richtig Geld ausgeben, werden eine böse Überraschung erleben.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden die ganze Dimension der finanziellen Schieflage dann klarer erkennen, die wir bisher nur erahnt haben, als wir immer wieder feststellen mussten, dass wir noch nicht einmal genug Geld haben, um unsere Gebäude und Strassen notdürftig zu richten. .

Jetzt bereits lässt sich dies – wenn auch nur schemenhaft - an der mittelfristigen Finanzplanung ablesen. Von einem Verschuldungsstand von rund 53 Millionen Euro zum 31.12.2009 werden wir nach dem neuesten Stand
der Planung im Jahr 2014 auf sage und schreibe 110,6 Mio Euro(!) geradezu katapultiert.
War da einmal was mit einer Verschuldungsobergrenze von 70 Millionen...?

Im Jahr 2011 steigt nach dem jetzt zu beschliessenden Plan die Nettoneuverschuldung allein um 6,8 Mio Euro, in 2013 um Schwindel erregende 16 Millionen. Solche Steigerungsraten sind in der Stadtgeschichte beispiellos. Hinzu kommt allein in 2011 ein Minus beim Vermögensbestand im Ergebnishaushalt von über 8 Mio Euro.

Ja, werden die Vertreter der Rosa-Brille-Fraktion sagen, kommt alles halb so schlimm. „Der Laden brummt ja“ und „die Geschäftsführung“ wird’s schon richten. Die jetzigen Zahlen beruhen aber auf aktuellen Schätzdaten, die den Aufschwung berücksichtigen.

Die atemberaubenden Verwerfungen der letzten Jahre zeigen überdies, dass man kein Pessimist ist, um festzustellen: Der jetzige Aufschwung ist ein Tanz auf dem Vulkan.
Wenn die Spekulanten plangemäß Euro-Land um Euro-Land ins Visier nehmen, ist spätestens, wenn sie bei Spanien oder Italien angekommen sind, Schluss mit lustig. Ein Ende des Euro wäre aber für niemand fataler als für die deutsche Wirtschaft. Hinzu kommen eine Gelddruckorgie der USA und wabernde neue Immobilien- und Kreditkartenblasen. Auch die Ankündigung von Wikileaks, nun die Finanzwelt zu outen, stimmt in Anbetracht der morbiden Kreativität der Investmentbanker, auch aus dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Untaten noch Profit zum Schaden der Allgemeinheit zu ziehen, nicht gerade optimistisch.

Nun macht es keinen Sinn, vor dieser Kulisse zu erstarren wie das Kaninchen vor der Schlange. Allerdings tun wir sehr gut daran, die jetzigen Zahlen unserer eigenen mittelfristigen Finanzplanung ernst zu nehmen.

Die Lage beschrieben nicht die GRÜNEN im Gemeinderat, sondern der Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt Prof. Notheis, ein leidenschaftlicher Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung, in Anwesenheit des Regierungsvizepräsidenten beim Vor-Ort-Termin in Aalen mit Verwaltung und Fraktionsvorsitzenden im wesentlichen wie folgt:

Die Betrachtung unserer mittelfristigen Finanzplanung stimme ihn nicht zuversichtlich. Die notwendige Liquidität für die Erfüllung der Aufgaben fehle. Der Haushalt sei chronisch unterfinanziert. Das Tafelsilber werde verscherbelt und trotzdem reiche es nicht. Man müsse sich die Frage stellen: Ist die Stadt noch leistungsfähig ?
Dem Gebot der intergenerativen Gerechtigkeit werde nicht Rechnung getragen. Beim Vermögen, das zukünftig ja auf Grund der Doppik richtigerweise mit betrachtet wird, sieht er alarmierende Entwicklungen auf der Passiva-Seite.
Bei den Investitionen fürchte man die Foögekostenbetrachtung wie der Teufel das Weihwasser. Sonst wäre, so Notheis, vielleicht manche Entscheidung so nicht gefallen.
Am Schluss sein Appell: “Nehmen Sie Rücksicht auf nachfolgende Generationen! Was weg ist, ist weg.“ Und noch der Hinweis:“Tun Sie bei den Investitionen das Richtige im Hinblick auf die demographische Entwicklung !“

So weit einige zentrale Aussagen des Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt aus einem mit Fakten gespickten, brillianten und gut verständlichen Referat, leider hinter verschlossenen Türen und nicht einmal in Anwesenheit des Gemeinderats.

Wenige Tage vor dem Termin der Gemeindeprüfungsanstalt in Aalen haben wir in der Fraktion auf Grund der uns vorliegenden Unterlagen Haushalt und mittelfristige Finanzplanung reflektiert und bewertet und überlegt, wie wir denn eigentlich abstimmen sollten. Dabei kamen wir zu dem Schluss, dass uns die Zahlen und Fakten in Anbetracht ihrer Wucht einigermaßen ratlos stimmen. Dass für uns nicht erkennbar wird, wie es vor dem Hintergrund der rasanten Fahrt in die Verschuldung, einer immer weiter herunter gekommenen Substanz an Gebäuden, Strassen und sonstiger Infrastruktur überhaupt gelingen kann, das Steuer herum zu reissen, insbesondere auch im Hinblick auf die ab 2016 greifende Schuldenbremse, die wir sehr begrüssen.

Letztlich kommen wir – wenn auch auf Grund einer Betrachtung aus Laiensicht - zu den gleichen Schlussfolgerungen wie Notheis. Allein der gesunde Menschenverstand drängt dies auf. Voraussetzung, man beherrscht die Grundrechenarten und – und das ist eben auch Voraussetzung – ist bereit, die Fakten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Vor dem geschilderten Hintergrund mutet es wie eine gespenstische Kulisse an, wenn man es für nicht zumutbar hält, dass z.B. die Reichsstädter Tage von den sehr zahlreichen Besuchern ohne Zuschuss der Stadt allein finanziert werden, wie wir es beantragt haben. Dass wir nunmehr seit Jahrzehnten eine Asthmatherapie mit finanzieren, eine Aufgabe, die weiß Gott nicht die der Stadt ist.

Die Vergangenheit, ich erinnere an Weihnachtsmarkt und Eisbahn, zeigt, dass es nur geht, wenn der Rat klare Beschlüsse fasst. Plötzlich ist dann manches ohne oder mit weitaus geringeren Zuschüssen möglich, obwohl zuvor immer gejammert wurde, gerade an der Stelle bedeute eine Kürzung das Ende aller Tage.

Manchmal ist aber sogar festzustellen, dass selbst vom Gemeinderat gefasste Beschlüsse offenbar gar nicht zur Kenntnis genommen werden.
Im Gegenteil, diese werden sogar durch die Verwaltungsspitze konterkariert, z.B. durch einen OB, der hierzu munter via Sommerinterview seine eigene Meinung als Fakt verkauft statt sich darum zu kümmern, die Beschlusslage umzusetzen. Wir halten jedenfalls an unseren Beschlüssen zur Reduzierung des Abmangels bei den Museen ohne wenn und aber fest. Und wir kündigen bereits jetzt an: Dem absehbaren Versuch, die Erlebniswelt Eisen oder eines Teils davon im Jahr 2011 an der mittelfristigen Finanzplanung vorbei haushaltsmäßig gewissermaßen durch die Hintertür doch noch durch zu drücken, werden wir uns mit aller Kraft widersetzen.

Verwundert die Augen gerieben haben wir uns allerdings, als der Gemeinderat vor kurzem im Zusammenhang mit der Verlängerung des Vertrags der Intedantin den Zuschußbetrag für das Theater erhöht und – und dies ist ein einmaliger Vorgang vor dem Hintergrund einer Sparrunde, bei der andere rasiert wurden - auf mehrere Jahre im Bestand garantiert hat.

Wenig erfreulich auch die Lage an einer anderen Front: Die nunmehr vorliegenden Anträge zur Reform der dezentralen Verwaltung befinden sich nun schon seit langem auf einem Horrortrip durch Ortschaftsräte und -verwaltungen und wir hoffen schon, dass sie nach Ende der Geisterbahn wenigstens irgendwann wieder im Gemeinderat ankommen.

Der weitest gehende Antrag ist der unserer Fraktion für eine durchgreifende Reform der dezentralen Verwaltung. Er würde nach allen bisherigen Schätzungen eine höhere alljährliche Einsparung bringen als die gesamte Sparrunde zum Verwaltungshaushalt und zum Etat 2011, nämlich mehrere Hunderttausend Euro pro Jahr. Dazu kommen noch Erlöse aus dem Verkauf von Gebäuden.

Was schlagen wir vor?
Die Schließung der Ortschaftsverwaltungen in ihrer heutigen Form. Statt dessen Beratungstage in Wasseralfingen, Unterkochen, auf dem Welland und dem Härtsfeld. Letztere bestritten von zwei bis drei fitten Allroundern aus der Verwaltung gemeinsam mit dem Ortsvorsteher. Den wenigen, die weder auf das Rathaus kommen können, noch zu den Beratungstagen, wird die Beratung oder Antragstellung zu Hause angeboten, auch in der Weststadt und der Kernstadt. Das alles zusammen hat Potential für ein gutes, sogar qualifizierteres Angebot vor Ort zu deutlich reduzierten Kosten.

Wir wollen den Verwaltungs*vollzug* effektiver machen und statt dessen die alleinige politische Entscheidungskompetenz der Ortschaftsräte im Rahmen eines eigenen Budgets stärken. Die Diskussion dafür zu öffnen, wäre für die Identität der Ortschaften und ihrer Bürger viel weitsichtiger, als in einer Bunkermentalität jede Veränderung abzuwehren.
Als nicht zielführend sehen wir dagegen eine Abschaffung der unechten Teilortswahl an.

Aber es gibt auch Positives zu berichten:

Die Umsetzung der Empfehlung des Klimaschutzkonzepts, die Stellen für zwei Energiemanager zu schaffen, ist goldrichtig. Sie wird sich durch jährlich Netto-Einsparungen in sechsstelliger Höhe bei den Energiekosten in barer Münze auszahlen: Ökonomie *und* Ökologie. Davon lässt sich auch noch der Klimaschutzmanager finanzieren, Wir müssen auf allen Ebenen an dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen arbeiten, ansonsten wird es nicht nur ungemütlich, sondern auch richtig teuer.

Sehr gut hat uns der Bericht von Herrn Eisler von der Musikschule gefallen.
Er hat gezeigt, dass man auch kostenneutral etwas auf die Beine stellen kann.
Die neuen Angebote der Musikschule an Schulen und Kindergärten sind kreativ und können sich sehen lassen. Hier haben wir die begründete Hoffnung, dass wir mittelfristig zu einer Reduzierung des Zuschussbedarfs kommen.

Positiv haben wir auch vermerkt, dass Herr Müller von der Gebäudewirtschaft sehr kostenbewußt agiert, obwohl er nun neu mit den Folgen der Vernachlässigung unseres Gebäudebestands konfrontiert wird. Die in der Pipeline befindliche Verschlankung des städtischen Immobilienbestands halten wir für richtig, wenngleich hier natürlich nur Sachvermögen in Kassenmittel umgewandelt werden.

Wir fordern Gemeinderat, Verwaltung und Ortschaftsräte auf, ebenfalls kreativ bei der Bewältigung des Mangels zu arbeiten, anstatt überall nur den Hahn des nicht vorhandenen Geldes aufzudrehen.

Dazu muss der träge Tanker Stadt mit enormer Kraft auf neuen Kurs gebracht werden. Dies war auf Grund der eingangs geschilderten besonderen Konstellation in den Etatberatungen für 2011noch nicht zu schaffen. Der Haushalt für 2011 ist gewissermaßen Durchgangsstation. Die Meilensteine müssen in 2011 gesetzt werden. Die Diskussionen der Vergangenheit um Einsparungen werden sich als „peanuts“ erweisen im Vergleich zu dem, was auf uns zukommt.

Die Aufgaben müssen durchforstet und auf einen Kern reduziert werden. Alles, außer Bildung und Betreuung als Zukunftsaufgabe muß auf den Prüfstand.
Die Stadtplanung muß sich auf den demographischen Wandel einstellen. Innenentwicklung *statt* Außenentwicklung ist angesagt und nicht mehr Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Wie jede Herausforderung bietet dies auch Chancen – wir müssen sie nutzen!

Ich habe vorher die Einschätzung des Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt wieder gegeben. Es soll und darf aber nicht verschwiegen werden, dass er auch darauf hingewiesen hat, dass die Steuersätze in Aalen unterdurchschnittlich sind und er in Anbetracht der finanziellen Lage der Stadt dafür kein Verständnis hat. Zur Erhöhung der Steuern werden wir mittelfristig gezwungen werden. Das ist für uns bitter. Wir werden uns aber auch davor nicht wegducken. Was wir jedoch keinesfalls wollen, ist dies zu tun, bevor wir die Schnitte bei den Ausgaben gesetzt haben. Sonst werden die zusätzlichen Gelder wie in der Vergangenheit einfach zusätzlich verbraten.

In Anbetracht der außer Kontrolle geratenden Finanzen appellieren wir an Verwaltung und die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, aber auch in den Ortschaftsräten: Lassen Sie uns jetzt gemeinsam ein Projekt anpacken, das die größte Kraftanstrengung seit dem Wiederaufbau nach dem 2.Weltkrieg erfordern wird. Die Durchbrechung der Schuldenspirale. Das ist in Anbetracht der Schuldenbremse die Aufgabe des Gemeinderats in *dieser* Sitzungsperiode,

ob wir das wollen oder nicht. Lassen Sie uns zusammen die Verantwortung übernehmen, eine drastische Reduzierung der Ausgaben mit einer Erhöhung der Einnahmen zu verbinden, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und zukünftigen Generationen Rechnung zu tragen. Dabei ist es für uns wichtig, dass wenigstens hier in Aalen die starken Schultern die Hauptlast tragen. Soziale Härten wollen wir – soweit möglich – vor allem mit dem Familienpass abfedern. Je stärker Einnahmen erhöht und Ausgaben eingespart werden, desto wichtiger wird dieses Instrument, um einen sozialen Ausgleich zu schaffen.
Vor allem die Kinder dürfen beim Sparen nicht unter die Räder kommen.

Lassen Sie uns versuchen, diesen schweren Weg für die Stadt gemeinsam zu gehen, den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam die Notwendigkeiten zu erklären und den Kopf dafür hinzuhalten.

Zum Schluss noch eine kurze Anmerkung zur Arbeitsfähigkeit des Rats: Es hat uns schon überrascht, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, am zweiten.Tag der Haushaltsberatungen, am Freitag um halb sechs, unvermittelt angekündigt haben, man werde die Sitzung am Montag fortsetzen, weil die gesamte Verwaltungsspitze aufbrechen müsse, um Festreden zu halten.
Man mag sich über den Sinn mancher Diskussion streiten – wobei jeder natürlich eher die Beiträge der jeweils anderen für überflüssig hält – aber die Etatberatung ist *die* zentrale Weichenstellung für die Stadt und die hat Vorrang vor Festreden.
Gleich, ob selbständig oder Arbeitnehmer, wir müssen uns auf einen Terminkalender verlassen können. Wenn dieser Rat qualifiziert zusammengesetzt sein soll, müssen Termine – von unvorhersehbaren Eilfällen abgesehen – planbar sein.
Das war in der Ära Pfeifle guter Brauch und ist machbar. Lassen Sie uns dies bitte zukünftig wieder so handhaben!

Die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird dem Etat 2011 und dem Stellenplan trotz Ablehnung weiterer Einsparanträge unsererseits zustimmen, um die Arbeitsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Wir beantragen aber gesonderte Abstimmung über die mittelfristige Finanzplanung. Diese werden wir ablehnen. Der Verschiebebahnhof, ohne den Mut zu weiteren Streichungen, würde uns sonst 110 Millionen Schulden in 2014 bescheren. Wir würden nicht nur in ein finanzielles Desaster rennen, sondern die Folgehaushalte wären auch nicht genehmigungsfähig. Das heißt schlichtweg für Anfang 2011: Nachsitzen zur zukünftigen Finanzplanung.

Zum Abschluss unser Dank vor allem an die Mitarbeiter der Verwaltung und insbesondere der Kämmerei für die Kärrnerarbeit mit dem doppischen Haushalt. Frau Faußner und Herr Barth, sie haben hier gewissermaßen ihre Feuertaufe bestanden.

Fleischer

Es gilt das gesprochene Wort